



Antrag

Fraktion AfD

Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beenden, Waffenexporte in die Türkei stoppen, keine deutschen Truppen nach Syrien entsenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des Erdoğan-Regimes auf Nordsyrien scharf zu verurteilen.
2. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass deutsche Soldaten insbesondere auch für den Fall einer Ausrufung des NATO-Bündnisfalls durch die Türkei nicht nach Syrien entsendet und dort nicht in völkerrechtswidrige Kampfhandlungen verwickelt werden.
3. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass nicht nur neuerliche Abschlüsse von deutschen Waffenexportabkommen mit der Türkei verboten, sondern auch bereits abgeschlossene Waffenexportgeschäfte auf den Prüfstand gestellt werden.

Begründung

Am 9. Oktober 2019 erteilte das Erdoğan-Regime türkischen Truppen den Befehl zum Beginn eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf das mehrheitlich kurdisch besiedelte Nordsyrien. Bei der türkischen Landnahme zur Ansiedlung sich in der Türkei aufhaltender syrischer Flüchtlinge bedient sich das türkische Regime der Hilfe von Kämpfern, die in der Berichterstattung etablierter Medien als „ein wilder Haufen aus Islamisten, Turkmenen und kriminellen Söldnern“ beschrieben werden, „die von einem rassistischen Hass auf Kurden und Profitgier angetrieben werden“.

Leidtragende der türkischen Invasionsbestrebungen und damit einhergehender und von der türkischen Regierung zu verantwortender Gräueltaten ist insbesondere die kurdische Zivilbevölkerung. Zudem haben die Kriegshandlungen in der Region dazu

(Ausgegeben am 16.10.2019)

geführt, dass hunderte gemeingefährlicher inhaftierter ISIS-Kämpfer aus nordsyrischen Gefängnissen fliehen konnten. Des Weiteren droht der türkische Ministerpräsident Erdoğan unverhohlen mit der Entfesselung von Flüchtlingsströmen aus der Türkei in Richtung Europa.

Vor diesem Hintergrund müssen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend abgebrochen werden. Weiterhin muss die NATO-Mitgliedschaft der Türkei einer ernsthaften Prüfung unterzogen werden.

Als kurzfristige Maßnahme muss die Landesregierung zudem den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei scharf verurteilen und sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass deutsche Soldaten nicht nach Nordsyrien entsandt und dort in Kampfhandlungen verwickelt werden. Außerdem muss sich die Landesregierung im Bundesrat über das Verbot neuer Vertragsvereinbarungen für Waffenlieferungen an die Türkei hinaus für die kritische Prüfung und einen möglichen Stopp bereits vertraglich vereinbarter Waffenlieferungen in die Türkei einsetzen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender